

Kinder an die Macht!

GRÜNE fordern Kinderbüro - Gesetz sieht Beteiligung vor

In Edewecht soll ein „Büro für Kinderinteressen“ eingerichtet werden. Das fordern die GRÜNEN unter Hinweis auf die Novelle der Niedersächsischen Gemeindeordnung. Danach sollen die Interessen von Kindern in kommunalpolitischen Entscheidungen fortan mehr Berücksichtigung finden.

Das vor kurzem geänderte Gesetz stellt klar, dass Kinder

und Jugendliche an Entscheidungen in angemessener Form zu beteiligen sind, wenn ihre Interessen berührt werden.

Das Kinderbüro soll als Anlaufstelle für Kinder dienen, um deren Wünsche und Anregungen stärker als bisher in kommunalen Planungen berücksichtigen zu können. MitarbeiterInnen dieses Büros sorgen als Schnittstelle zwischen Kindern und Verwaltung bzw. Gemeinderat für den notwendigen Informationsfluss. Das Kinderbüro arbeitet auch mit der Jugendpflege und anderen Einrichtungen zusammen. Zweck des Kinderbüros ist die Verbesserung der Beteiligung von Kindern; es ist keine Beratungsstelle für Krisensituationen.

Edewecht soll auf diese Weise (noch) kinderfreundlicher werden. Kinder kön-

nen z.B. direkt an der Planung von Spielplätzen beteiligt werden, ihre Vorstellungen zur Verkehrsgestaltung können wichtige Hinweise zu Planung von Baugebieten und zur Verkehrsplanung liefern.

Mit ihrem Vorstoß berufen sich die GRÜNEN auch auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die weitgehende Beteiligungsrechte für Kinder einfordert. Die GRÜNEN verweisen auf die positiven Erfahrungen, die in anderen Kommunen bereits mit derartigen Kinderbüros gesammelt wurden.

Für den Anfang soll die Stelle eines/einer ehrenamtlichen Kinderbeauftragten analog zur Frauenbeauftragten geschaffen werden. Einen entsprechenden Antrag werden die GRÜNEN in den nächsten Wochen einbringen.



Der Verkauf des sozialen Tafelsilbers, des Altenheims, sollte offenbar eingeleitet werden - ohne den Rat über dieses Vorhaben zu informieren ...

Lesen Sie den Bericht auf Seite 3

www.gruene-edewecht.de

aktuelle Informationen über GRÜNE Politik in Edewecht - Gemeinderat, Termine, Adressen, LÖWENZAHNOnline und mehr.



„Die Trecker fahren alle 50!“

Antrag zu Tempo 30 vertagt - Ausführungsbestimmungen abwarten

Im Dezember 2000 beantragten die GRÜNEN im Hinblick auf die künftig vereinfachten Regelungen zur Einführung von 30er-Zonen, in Edeweicht flächendeckend alle Nebenstraßen in Tempo-30-Zonen umzuwandeln.

Ähnlich wie heute schon bei geschlossenen Ortschaften Tempo 50 obligatorisch ist, soll nach den Vorstellungen der GRÜNEN abseits der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen auf den Gemeindestraßen künftig grundsätzlich Tempo 30 gelten (s. LÖWENZAHN 68, Dezember 2000, oder im Internet: www.gruene-edeweicht.de/Antrag/an_7.html).

Die GRÜNEN versprechen sich hiervon eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit und eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität in den betroffenen Straßen.

Die Meinungen der Ausschussmitglieder zu dem Antrag waren geteilt und in der Mehrheit skeptisch bis ablehnend. So befürchtete der Vorsitzende des Straßen- und Wegeausschusses Augustyniak (SPD), man würde den BürgerInnen mit der flächendeckenden Einführung etwas aufzwingen, was sie möglicherweise überhaupt nicht wollten. Diese Auffassung ist interessant, hat man doch in der Vergangenheit oftmals Anträge von BürgerInnen auf Tempo-30-Zonen ab-

gelehnt. Soviel zum BürgerInnenwillen.

Aber auch die Landwirte meldeten sich zu Wort. Günther Grambart (CDU) wollte dem Antrag absolut nicht zustimmen: „Die Trecker fahren alle 50!“, so sein Argument. Bisher waren es immer die Engungen oder Schwellen die die überbreiten Trecker behinderten. Da diese nun nicht mehr notwendig sind, um eine 30er-Zone kenntlich zu ma-



chen, ahnen wir nun, wer hier wirklich im Weg stehen könnte: sind es vielleicht die Kinder und alten Menschen, die nicht schnell genug vor den heranrasenden landwirtschaftlichen Ungetümen in einen schützenden Vorgarten oder Graben springen können?

Offenbar haben nicht alle Ausschussmitglieder den Antrag verstanden. So merkte Helmut Twelker (SPD) kritisch an,

da könne man ja gleich an alle Ortsschilder ein Tempo-30-Schild stellen. Genau so aber ist der Antrag der GRÜNEN nicht gemeint, denn die Durchgangsstraßen wie z.B. die Hauptstraße können auch nach der Gesetzesnovelle keine 30er-Zonen werden.

Lediglich Klaus Lauermann (CDU) unterstützte den Antrag eindeutig. Er habe in Wildenloh gute Erfahrungen mit der flächendeckenden Verkehrsberuhigung gemacht, man solle schon jetzt ein Planungsbüro beauftragen.

Die Verwaltung hingegen riet zur Zurückhaltung, da noch keine Ausführungsbestimmungen vorlägen, wisse man noch nicht wie die neuen Bestimmungen umgesetzt werden sollen. Dieser Auffassung schloss sich auch der Bürgermeister an.

Man kann sehen, dass es der Mehrheit der Ausschussmitglieder immer noch sehr schwer fällt, großflächig etwas für Fußgänger, Radfahrer, Kinder zu tun. Es herrscht immer noch der Blick durch die Windschutzscheibe vor, der sich bei der geringsten

Behinderung schnell eintrübt. Erstaunlich, ist doch in Fachkreisen inzwischen unumstritten, dass Verkehrsberuhigungen die Verkehrssicherheit sowie die Wohnqualität erhöhen. Insbesondere die Position der SPD ist hier nicht nachvollziehbar, ist doch die Gesetzesnovelle das Produkt einer Bundesregierung mit SPD-Beteiligung.

Dabei ist dringend eine flächendeckende Regelung angezeigt. Im Ortskern Edeweicht gibt es immer noch Bereiche, wo sich 30er-Zonen, 50 km/h, streckenweise Anordnungen auf 30 km/h munter abwechseln.

Eine eindeutige Absage an die flächendeckende Verkehrsberuhigung hat man sich dann offensichtlich doch nicht getraut. Der Antrag der GRÜNEN wurde schließlich zurückgestellt, man will erst die Ausführungsverordnung abwarten und dann entscheiden. Nun kann man doch noch hoffen, dass sich die Mehrheit besinnt und sich für Verkehrssicherheit und Wohnqualität entscheidet.

LÖWENZAHN # 69 • Impressum:

Der LÖWENZAHN wird seit 1981 herausgegeben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Edeweicht
eMail: loewenzahn@gruene-edeweicht.de • Internet: www.gruene-edeweicht.de

Fotos: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, privat

V.i.S.d.P.: Anita Vollmann, Edeweicht

Produktion: agentur&verlag uwe martens, Edeweicht

Druck: Gegendruck Oldenburg • Auflage: 6.000 Exemplare
gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Rat“ bei Verwaltung und Bürgermeister nicht gefragt Verwaltung gibt Bewertungsgutachten für Altenheim in Auftrag

Nachdem die Ratsmitglieder im März aus der Zeitung erfahren haben, dass die Verwaltung in Absprache mit dem Bürgermeister ein Bewertungsgutachten für das Alten- und Pflegeheim in Auftrag gegeben hat, müssen sie sich wieder einmal fragen, wer in Edeweicht eigentlich was plant - und in wessen Auftrag. Es ist schon sehr befremdlich, wenn man als Ratsmitglied durch die Presse erfahren muss, dass die Verwaltung und der Bürgermeister insgeheim Pläne für den Verkauf des Alten- und Pflegeheims schmieden.

Was war geschehen? Der VdK-Landesverband möchte sich verstärkt in der Altenbetreuung engagieren und sucht geeigne-

te Objekte, u.a. auch in Edeweicht. Die Verwaltung, nicht faul, gibt daraufhin ein Bewertungsgutachten für die Immobilie Alten- und Pflegeheim in Auftrag, ohne dass die Ratsgremien einen Auftrag erteilt haben, geschweige denn informiert wurden.

Sicher ist es von Seiten eines Investors nichts Unredliches, Interesse am Kauf einer Immobilie zu bekunden, wie Gemeindevizektor Iwan in der NWZ bemerkte. Aber ob es richtig ist, über die Köpfe der Ratsgremien hinweg Gutachten über den Wert des Alten- und Pflegeheims in Auftrag zu geben muss sich Iwan schon fragen lassen. Bevor Gespräche mit Kaufinteressenten geführt oder Gut-

achten erstellt werden, sollten doch erst die zuständigen Gremien im Rat Gelegenheit zu ausführlichen Beratungen bekommen. Ein Alten- und Pflegeheim in kommunaler Führung verkauft man nicht einfach so, auch wenn damit der Haushalt ein ansehnliches Polster bekommen könnte. Sicher, auch für die Edeweichter wird das Gemeindebudget knapper, da locken schon die Millionen, die solch eine Immobilie wert ist.

Mit dieser Frage wird allerdings eine Grundsatzentscheidung angesprochen: Will sich die Gemeinde weiterhin der sozialen Verantwortung

stellen und das Heim in gewohnter Qualität, die sich sehr positiv von allen anderen nicht kommunal geführten Altenheimen im Ammerland abhebt, weiterführen oder will sie das Feld anderen überlassen, mit höchstwahrscheinlichen Qualitätseinbußen? Zum Glück hat in dieser Frage die Mehrheit der Ratsmitglieder einmal richtig entschieden und einem Verkauf des Altenheimes klar widersprochen. Bleibt nur noch die Frage: Wer ist nun verantwortlich für die Kosten des überflüssigen Gutachtens? Denn das war zwar vergebens, aber garantiert nicht umsonst ...

Kein Geld für Wahlgeschenke?

Mehrausgaben belasten den Etat

Zum Wahljahr hatte die CDU noch einmal kräftig in den Sack mit den Wahlgeschenken gegriffen - und dabei offenbar daneben gelangt. So stellt sich jetzt heraus, dass das neue Hallenbad ca. 1 Mio. DM teurer wurde als veranschlagt. Auch andere Baumaßnahmen fallen teurer aus als ursprünglich gedacht. Wirklich unvermutet?

Tatsächlich ist es in Edeweicht üblich geworden, Kosten "zu deckeln": nicht die tatsächlich notwendigen Mittel für Maß-

nahmen werden bereitgestellt, sondern eine darunter liegende Summe, die die CDU für politisch vertretbar hält: "Für das Geld muss das gehen". Regelmäßig geht diese Rechnung nicht auf. Aber die notwendigen Aufstokkungen werden meist nicht lauthals, sondern klammheimlich beschlossen, und dann sind alle zufrieden. Doch für solche nachträglichen Bewilligungen ist der Spielraum eng geworden.

Beim Hallenbad wurden von vornherein bestimm-

te Investitionen gar nicht erst in die Bausumme eingerechnet, um die von der Politik gesetzte Summe von 8,5 Mio. DM halten zu können. Unvorhergesehene Ausgaben im Vollzug des Neubaus waren bei dem knapp kalkulierten Budget nicht unterzubringen.

Aber es gibt noch weitere Löcher zu stopfen: Auch Kauf und Ausbau der alten Volksbank schlagen zu Buche. Und die zu erwartenden Steuermindereinnahmen machen die Situation

nicht einfacher. Eine störende Hypothek für den Kommunalwahlkampf der CDU!

Wollte sie doch mit Kämmerer Manfred Lüers als Bürgermeisterkandidat und Garanten für solide Finanzpolitik auf ein besonderes Zugpferd setzen.

Auch wenn der eingebrachte Nachtragshaushalt von Entwarnung kündigt - für große Wahlgeschenke fehlt das Geld.

Unnötige Eile verhindert sinnvolle Planung

Haus der Begegnung erhält Hausmeisterwohnung – Jugendzentrum bleibt erhalten

Nach dem Kauf des alten Volksbankgebäudes durch die Gemeinde soll nun in aller Eile mit möglichst geringem Aufwand daraus das „Haus der Begegnung“ entstehen. Ein einmaliges Treffen der Planungsgruppe soll ausreichen, für das rund 900.000 DM teure Gebäude ein Nutzungskonzept zu erstellen. Es wurde kurzfristig ein Hausmeister angestellt und im Obergeschoss eine Hausmeisterwohnung eingebaut. Der Umbau der Begegnungsräume wird sofort in Angriff genommen. Der gesamte Umbau wird über 120.000 DM kosten.

Aber warum diese Eile? Offensichtlich will man die Inbetriebnahme des Hauses noch für den kommenden Kommunalwahlkampf ausnutzen, denn kurz vor einer Wahl werden gerne Bonbons verteilt.

Nur ist hier die Eile falsch platziert, sie schafft Tatsachen, die eine sinnvolle Planung auf lange Sicht verhindert. Aber Planung war ja noch nie die Stärke der jetzigen Ratsmehrheit. Andere Nutzungskonzepte, bzw. die Berücksichtigung ähnlicher Einrichtungen anderer Gemeinden, sind nicht in Erwägung gezogen worden. Alternativen zur Anstellung eines Hausmeisters, wie z.B. die Verpachtung eines Cafébetriebes mit Hausmeisterfunktion an

einen Betreiber, der evtl. sogar für ein kulturelles Angebot hätte sorgen können, kamen nicht in den Sinn. Eine solche Lösung hätte den Effekt gehabt, dass sich die Begegnung nicht nur auf den Belegungswechsel der Räume beschränkt. Der Betrieb eines Cafés und eine Konzeption als offenes Kommunikationszentrum hätte in dieser Lage in der Mitte Edewechts eine echte Bereicherung auch für die nicht in Vereinen organisierte Bevölkerung werden können. Bei der jetzigen Konzeption droht das Haus der Begegnung zu einem riesigen Vereinsheim zu werden.

Auch räumlich schränkt der Umbau des fast gesamten Obergeschosses zu einer Hausmeisterwohnung die Nutzung stark ein. Konflikte mit den potentiellen Nutzern sind vorprogrammiert. So hat man vorsichtshalber

z.B. schon Schlagzeugunterricht durch die Kreismusikschule ausgeschlossen. Alternativ hätte das nebenstehende Einfamilienhaus, das die Gemeinde mit erwerben musste, die ideale Hausmeisterwohnung werden können. Aber der vorschnelle Wiederverkauf dieses Hauses verhindert leider auch diese Überlegung.

Immerhin hat man eingesehen, dass das Haus der Begegnung keine Alternative zum Jugendzentrum sein kann. Die in Erwägung gezogene Schließung des jetzigen Jugendzentrums zu Gunsten von Jugendräumen im Haus der Begegnung wurde erfreulicherweise verworfen. Das Jugendzentrum wird bestehen bleiben und die notwendige Renovierung ist beschlossen.

Auch an dieser Stelle wird wieder einmal nur halbherzig geplant und

damit die einmalige Chance vertan, an einem idealen Standort eine Begegnungsstätte für die gesamte Edewechter Bevölkerung zu schaffen. Schade eigentlich.

„ ... geeignet, meine Mandantin ... verächtlich zu machen“

Streit mit der Volksbank hatte der GRÜNE Ratsherr Uwe Martens bezüglich einer Pressemeldung über den Ankauf des alten Bankgebäudes durch die Gemeinde. Die Volksbank reagierte völlig überzogen und jagte Martens sogar einen Rechtsanwalt auf den Hals - allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Seither wissen wir: Volksbank ist Anwalts Liebling. Nachzulesen ist die Geschichte auf der Website „www.gruene-edeweicht.de“ unter „LÖWENZAHN“.

Keine Disko - Krokodilstränen bei der CDU?

Der Traum von der Disko in Portsloge ist ausgeträumt: Angesichts der Probleme bei der Realisierung des Vorhabens ist die Ziegelei nun an einen anderen Nutzer verpachtet worden. Aufatmen bei den Anwohnern auf der einen, Bedauern auf der anderen Seite, zum Beispiel bei der CDU. Wirklich?

Alle Erfahrung lehrt: Wenn der Bürgermeister

und die Verwaltung das Projekt wirklich gewollt hätten, dann hätten sie das Genehmigungsverfahren oder die Standortsuche mit mehr Nachdruck betrieben und wahrscheinlich zum Erfolg geführt. Wenn Bürgermeister zu Jührden bezüglich des Standortes nun auf eine mögliche Kooperation mit Bad Zwischenahn verweist, könnte auch das ein Hin-

weis darauf sein, dass die Trauer über das Ende der Disko-Pläne in Edeweicht so groß nicht ist.

Die CDU hat hier offenbar dem eigenen Nachwuchs eine Kulisse für Wahlgeschenke gebaut - und das Risiko der Verwirklichung gering gehalten. Ist die Junge Union von der eigenen Partei vorgeführt worden oder hat sie das Spiel mitgespielt?

Die Kandidatinnen und Kandidaten von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN

Am 9. September sind Kommunalwahlen. In diesem LÖWENZAHN präsentieren wir die KandidatInnen der GRÜNEN. Da die Wahlversammlung erst Ende Juni stattfindet, können wir hier noch nicht die endgültige

Liste veröffentlichen. Das erfolgt - zusammen mit einer ausführlicheren Vorstellung der Personen - im nächsten LÖWENZAHN im August.

Die Liste für die Kreistagswahl allerdings ist bereits „amtlich“:

Nach Helmut Folkerts aus Apen folgt Uwe Martens als Edewechter Spitzenkandidat auf Platz 2 der gemeinsamen Liste; außerdem bewirbt sich Gerhard Riemann um ein Kreistagsmandat (Platz 3).

Aktuelle Informationen zur Kommunalwahl und zu den GRÜNEN KandidatInnen finden Sie in den nächsten Wochen auf unserer Website im Internet.



Uwe Heiderich-Willmer,
Husbäke,
Jahrgang 1960,
Rettungsassistent.
Ratsmitglied seit 1996;
kandidiert für den
Gemeinderat.

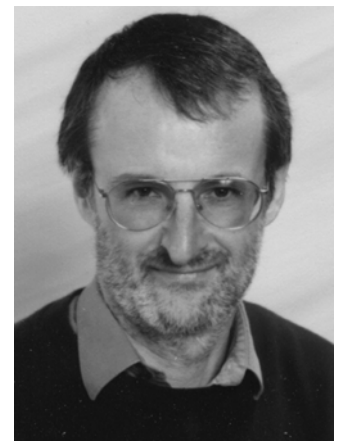


Uwe Martens,
Nord Edewecht II,
Jahrgang 1959,
Diakon.
Ratsmitglied seit 1996;
kandidiert für den
Gemeinderat und den
Kreistag.

**Heike Kocherscheidt-
Riemann,**
Nord Edewecht II,
Jahrgang 1961,
Hausfrau.
Kandidiert für den
Gemeinderat.



Jack Morin,
Nord Edewecht I,
Jahrgang 1941,
Gymnasiallehrer.
Kandidiert für den
Gemeinderat.



Margarete Bruns,
Westerscheps,
Jahrgang 1937,
Rentnerin.
Kandidiert für den
Gemeinderat.



Gerhard Riemann,
Nord Edewecht II,
Jahrgang 1960,
Verwaltungsrichter.
Kandidiert für den
Kreistag.

Neuer Putenmaststall in Osterscheps

Gemeinde erteilt Einvernehmen – GRÜNE appellieren an VerbraucherInnen

Die Gemeinde Edewecht wird bald ihren zweiten Putenstall bekommen. Die illegale Putenmast im ehemaligen Rinderstall des Jordanshofes wird wahrscheinlich per nachträglicher Genehmigung legalisiert. Lediglich ein Bußgeld dürfte fällig werden, aber das ist garantiert in der Kalkulation mit drin.

Nun liegt ein Antrag für einen weiteren Maststall bei der Gemeinde vor. Es wird beabsichtigt, an der

Süddorfer Straße in Osterscheps ein Gebäude für ca. 4.500 bis 16.500 Tiere zu bauen. Die politische Mehrheit hat entschieden, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

Sicher gibt es zur Zeit kaum rechtliche Möglichkeiten, solchen privilegierten Bauvorhaben im Außenbereich das Einvernehmen zu versagen. Trotzdem wären etwa im Bauausschuss mehr kritische Stimmen wün-

schenswert gewesen. Da will eine rot/grüne Bundesregierung unter der Führung eines SPD-Kanzlers eine neue, ökologisch orientierte Landwirtschaft fördern, doch SPD-Politiker vor Ort sorgen sich nur darum, ob der 100 Meter lange Stall längs oder quer zur Straße steht.

Zweifel an dieser Art von Massentierhaltung waren so gut wie nicht zu hören. Lediglich von den GRÜNEN wurde eine grundsätzliche Ablehnung der tierquälerischen industriellen Tierhaltung deutlich gemacht. Gleichzeitig mahnten die GRÜNEN, dass der vorliegende Antrag wohl nur der Anfang sei und dringend planerische Überlegungen angestellt werden sollten,

um einen Wildwuchs solcher Anlagen in der Gemeinde zu verhindern.

Aber nicht nur die PolitikerInnen sind in dieser Angelegenheit gefragt. Auch die VerbraucherInnen könnten der Massentierquälerei ein Ende setzen. Das funktioniert allerdings nur wenn man bereit ist, für Fleischprodukte mehr Geld auszugeben und sich am Kühlregal öfter mal gegen Geflügelformfleisch entscheidet.

Solange die unkritische Nachfrage nach unbegrenztem billigen Fleischangebot existiert, wird sich auch an den quälerischen Tierhaltungsformen nichts ändern. Das gilt nicht nur für die Putenmast, sondern für die gesamte Fleischproduktion.

LÖWENZAHN-VerteilerIn für Wildenloh gesucht!

Info: Anita Vollmann, Telefon 04405-7715

Ideen unerwünscht - Runder Tisch Bildungspolitik umgekippt

Auf Vorschlag der GRÜNEN und des Lehrvertreter wurde im letzten Schulausschuss beschlossen, in Edewecht einen Runden Tisch einzurichten, der sich mit dem zukünftigen Bildungsangebot in der Gemeinde beschäftigen soll - gerade auch auf dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungen in der Schulpolitik des Landes. Der Runde Tisch sollte von einem Fachmann der Uni Oldenburg moderiert werden.

Wie schon so oft wurde auch dieser Beschluss im Verwaltungsausschuss gestoppt. Die politische Mehrheit hält es nicht für

notwendig, sich mit der Schulentwicklung zu befassen, solange nicht klar ist, ob z.B. die OS abgeschafft wird oder nicht.

Dass auch unabhängig von der Landesebene z. B. die Diskussion um die Schaffung eines gymnasialen Schulzweiges in Edewecht von Interesse ist, dass über Kooperation von Schulen nachgedacht werden könnte und sollte, sieht die Mehrheit im Edewechter Rat nicht ein. Bloß keine eigenen Ideen entwickeln - lieber den Missstand verwalten und ansonsten warten, was von oben kommt: Bildung hat in Edewecht einen schweren Stand.



Termingerecht fertig gestellt ...

... wurde das neue Hallenbad in Edewecht. Der Bogen hängt noch über dem Eingang, doch schon muss sich die Gemeinde mit Nachbesserungen auseinandersetzen. So beklagen sich viele BesucherInnen über die schlechte Schallisolation in der Halle. Auch die Abschaffung der Familienkarte hat für Unmut gesorgt und sollte noch einmal überdacht werden.

Gerd Langhorst soll Landrat werden!

Kandidat der Ammerländer GRÜNEN stellt sich vor

Am 9. September wird im Ammerland erstmals auch ein hauptamtlicher Landrat gewählt, direkt von den Bürgerinnen und Bürgern. Der Landrat wird zukünftig auch die Kreisverwaltung leiten - einen Oberkreisdirektor gibt es dann nicht mehr.

Für die GRÜNEN im Ammerland kandidiert Gerd Langhorst aus Rastede für das Amt des Landrates. Der LÖWENZAHN veröffentlicht hier Auszüge aus einem Brief, mit dem sich Gerd Langhorst den AmmerländerInnen vorstellt:

Liebe Ammerländerinnen und Ammerländer!

(...) Seit 1991 bin ich Mitglied des Kreistages, seit 1993 auch Mitglied des Rasteder Gemeinderates. Eine Wahlperiode lang, von 1991 bis 1996 (als SPD, Grüne und UAW im Kreistag die Mehrheit stellten) war ich 1. stellv. Landrat. Diese jahrelange kommunalpolitische Erfahrung möchte ich nun nutzen, um im Amt des Landrates unseren Kreis mit zukunftsorientierten Ideen voranzubringen.

Mein Ziel ist es, gemeinsam mit Verwaltung und Kreistag eine starke Lobby für moderne ökologische Politik und neue Formen der Bürgerorientierung zu schaffen. Denn machen wir uns nichts vor: Was im Kreistag beraten wird, welche Entscheidungsalternativen aufgezeigt werden, welche Informationen begleitend in die Ausschüsse gegeben werden – all dies sind häufig prägende Vorentscheidungen der Verwaltungsführung. Deshalb ist das Amt des Landrates ein hochpolitisches Amt und sollte aus der Bürgerschaft und nicht aus der Verwaltung heraus besetzt werden.

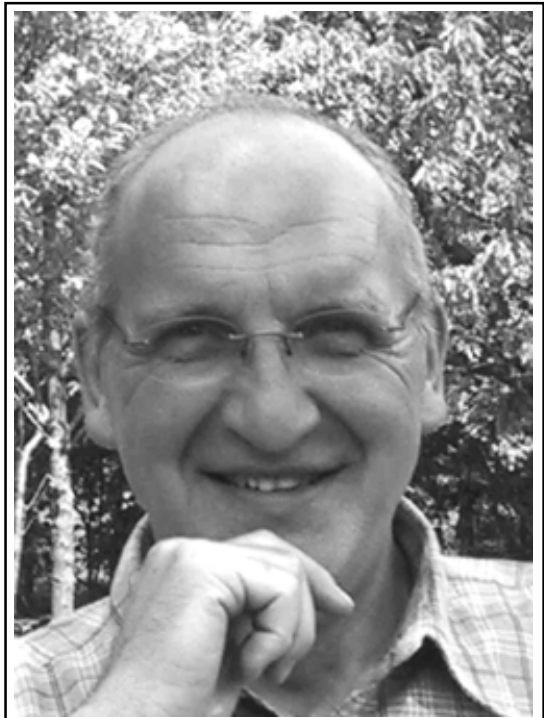
Ich betrachte kommunalpolitische Aufgaben und Problemstellungen aus der Sicht des Bürgers und frage zunächst: Welche Lösung ist aus Bürgersicht am sinnvollsten? Erst danach frage ich: Wie kann man diese Lösung rechtlich umsetzen?

Nach meiner Erfahrung denken Verwaltungsjuristen andersherum, nämlich regel- und verfahrensorientiert – oder anders ausgedrückt: bürokratisch. Dies führt zu einer eingefahrenen Denkweise

nach dem Motto „Geht nicht, weil §§§§§§§...“ Mit Weisheit und Mut neue Ideen und Konzepte zu entwickeln, ist aber das Gebot der Stunde. Wer wirklich will, der wird dann auch rechtliche Möglichkeiten für die Umsetzung finden. Ich möchte mich für eine solche bürgerorientierte Politik und nachhaltige Arbeit der Kreisverwaltung einsetzen.

Außerdem will ich mich für richtungsweisende Schritte auf dem Weg zu einer neuen Landwirtschaft engagieren. Eine Landwirtschaft, die Schluss macht mit der Massentierhaltung und die mit der Natur, anstatt gegen sie arbeitet. Südoldenburger Verhältnisse dürfen das Ammerland nicht erobern!

Für diese Ziele möchte ich Sie um Ihre Stimme bitten. Im Wahlkampf werden Sie an Informationsständen und bei Veranstaltungen Gelegenheit bekommen, mich und meine Ideen näher kennen zu lernen. Sie können auch im Internet unter www.gerd-langhorst.de einen Dialog mit mir beginnen oder weitere Informationen abrufen.



Zur Person:

Gerd Langhorst

1946 in Rastede geboren. Verheiratet, zwei Kinder. wohnt in Rastede. Nach der Realschule nautische Ausbildung in Elsfleth (Kapitän auf großer Fahrt). Anschließend Lehramtsstudium in Oldenburg. Grundschulrektor in Großenmeer. 1968 zunächst in der SPD aktiv, 1978 Wechsel zu den GRÜNEN („die Konsequenz aus der jahrelangen Ignoranz der SPD gegenüber Ökologie und Umweltschutz“). Seit 1993 im Rasteder Gemeinderat. Seit 1991 im Kreistag, von 1991 bis 1996 1. stellvertretender Landrat.

Ich freue mich auf Ihre Fragen und einen spannenden Wahlkampf! Ich will etwas bewegen - bewegen Sie mit!

Es grüßt Sie freundlich

Gerd Langhorst

Bensbergs Formel: mehr Schilder = weniger Schilder

BürgerInnen fordern Tempo 80 in Kleefeld - CDU blockiert

Großes Unverständnis löste im April letzten Jahres die Anordnung des Landkreises Ammerland aus, auf der L 828 zwischen Jeddelloh I und Friedrichsfehn die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h aufzuheben. Begründet wurde die Maßnahme seinerzeit mit der Notwendigkeit, die Anzahl der Verkehrsschilder zu reduzieren. Alle Versuche insbesondere der Kleefelder, den stellvertretenden Oberkreisdirektor Bensberg zur Wiedereinführung des Tempolimits zu bewegen, waren vergebens.

Als Kompromiss bot Bensberg an, an einigen Einmündungsbereichen Überholverbote einzurichten. Seither gibt es an der Strecke mehrere Überholverbote, allerdings auch nicht an jeder einmündenden Straße. Zwischen den Verboten bleiben jeweils wenige 100 m „freier Fahrt“, die zu waghalsigen Überholmanövern genutzt werden. Die Verkehrsregelung ist unklarer geworden, die Strecke gefährlicher als vorher - und nach wie vor gibt es viele, die freiwillig nicht schneller als 80 km/h fahren.

So nahm sich der Straßen- und Wegeausschuss erneut dieser Frage an und beschloss einen weiteren Vorstoß beim Landkreis zur Wiedereinführung des Limits zu unternehmen. Auf Betreiben der CDU jedoch wurde dieser Beschluss im

Verwaltungsausschuss gekippt. Vielmehr wollte man sich nun dafür stark machen, dass zum Überholverbot ein Ergänzungsschild aufgestellt wird, das das Überholen landwirtschaftlicher Fahrzeuge erlaubt.

Das Taktieren der CDU ist leicht zu durchschauen: Bensberg ist CDU-Kandidat für das Amt des hauptamtlichen Landrates. Angesichts der schlechten Figur, die er in dieser Angelegenheit gemacht hat, befürchtet man wohl einen Gesichtverlust des Spitzenkandi-

daten, wenn er nachgeben und die Geschwindigkeitsbegrenzung wieder einführen müsste. Und so hält ihm die CDU unangenehme Anträge und Anfragen vom Leib - und der Kleefelder Ratsherr und CDU-Kreisvorsitzende Kossendey ist offenbar auch nicht bereit, seinen Parteifreund in die richtige Richtung zu bewegen. Am mangelnden Einfluss kann das eigentlich nicht liegen.

Bensberg selber versucht wie so oft, aus Verwaltungssicht zu entscheiden und mit Vor-

schriften und Gesetzen zu argumentieren. Den Ermessensspielraum, den er hat, nutzt er nicht - zum Nachteil der BürgerInnen. Angesichts seiner Kandidatur um das höchste Amt im Landkreis stimmt das nicht gerade hoffnungsfroh.

Fazit: Ein konzeptloses Agieren des Landkreises, eine gefährlichere Verkehrssituation und mehr Verkehrsschilder als vorher - obwohl doch eine Schilderreduzierung erreicht werden sollte.

Chance vertan: Kein Geld für Schulsozialarbeit

Die GRÜNEN hatten Ende letzten Jahres ange-regt, über das Förderprogramm „Prävention und Integration“ des Landes Niedersachsen einen ca. 50 %-Zuschuss für die Stelle einer Präventionsfachkraft an der Haupt- und Realschule Edeweicht zu beantragen. Die andere Hälfte des Geldes hätte von der Gemeinde aufgebracht werden müssen.

Die CDU lehnte diesen Vorschlag ab. Mehr als 50 andere Gemeinden in Niedersachsen haben aber Anträge gestellt und erhalten nun für sechs Jahre die Förderung. Eine dieser Stellen war für das Ammerland reserviert - Edeweicht hätte den Zuschlag erhalten. So wurde aber Geld verschenkt - offenbar, weil die Idee von den GRÜNEN und

damit von der falschen Partei kam.

Besonders bedauerlich ist, dass als Folge nun auch andere Fördermittel des mehrstufigen Landesprogramms nicht ins Ammerland fließen werden, da sie an eine Beteiligung an dem ersten Projekt gebunden sind.

Kontaktadressen für Fragen und Anregungen:

Anita Vollmann, Wallstr. 29, Edeweicht, Telefon 04405-7715
Margarete Bruns, Hausmannstraße 6, Westerscheps, Telefon 04405-8864
oder per eMail: info@gruene-edeweicht.de

unsere Ratsmitglieder:

Uwe Heiderich-Willmer, Küstenkanalstr. 56, Husbäke, Telefon 04405-489856, Fax 04405-489857, eMail: he-wi@gruene-edeweicht.de
Uwe Martens, Oldenburger Str. 51 B, Edeweicht, Telefon 04405-4777 oder 0171-6852862, Fax 04405-939222, eMail: martens@gruene-edeweicht.de